

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Sonnabend und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Oktober 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgepalte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 112

### Zum ersten Betriebsrätekongress

Der anfängliche Widerstand gegen die Aalebewegung in gewissen Gewerkschaftskreisen ist verhältnismäßig schnell der Erkenntnis gewichen, daß die Betriebsräte bei richtiger Einstellung ihrer Wirksamkeit einen wesentlichen Machtzuwachs für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Dementsprechend wurde die organische Eingliederung der Betriebsräte in den gewerkschaftlichen Rahmen von den maßgebenden Stellen sofort und energisch in Angriff genommen. Am 20. Mai erliefen ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände an die gewählten Betriebsräte, ihren organisatorischen Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zu vollziehen. Diesem Aufrufe folgte alsbald die Bekanntgabe der Richtlinien, des Arbeitsplans, der Leitfäden und der Normalabmachungen für die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, und Mitte Juni erschien die erste Nummer der zentralgewerkschaftlichen „Betriebsrätezeitung“. Ein Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses und des provisorischen Beirats der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände auf Einberufung eines Kongresses der Betriebsräte Deutschlands zum 5. und 6. Oktober nach Berlin bildete einen weiteren wichtigen Schritt zur Eingliederung der Betriebsräte in die gewerkschaftliche Gesamtorganisation.

Am heutigen Dienstag tritt nun in Berlin, in der „Neuen Woll“, der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands zu einer kurzen Tagung zusammen. Eine gewaltige Teilnehmerzahl wird dieser Kongress vereinigen. Nicht weniger als 1100 Vertreter der Hand- und Kopfarbeiter aller Berufs- und Gewerbebezüge aus allen Teilen des Reiches werden dort anwesend sein. Sie entstammen durchweg den Organisationen, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angegeschlossen sind. Als Betriebsratsmitglieder stehen sämtliche Delegierte in engster Fühlung mit der Arbeiterkraft in den Betrieben. Ihre Wahl zum Kongress ist unter Vermittlung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte selbst erfolgt. Die Kosten des Betriebsrätekongresses werden von den Zentralorganisationen getragen.

Infolge des Fehlens einer zuverlässigen Betriebsstatistik (die letzte Betriebszählung erfolgte 1907) war für die prozentuale Verteilung der Delegiertenliste auf die einzelnen Gewerkschaften in 15 Industriegruppen das Stärkeverhältnis bzw. die Bedeutung für das Wirtschaftsleben ausschlaggebend. So war z. B. den Landarbeitern, um der Bedeutung der Landwirtschaft, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, gerecht zu werden, eine größere Delegiertenzahl von vornherein zugefanden worden; dergleichen den Angestellten (Techniker, Werkmeister, Kaufleute, freie Berufe), die ebenfalls besondere und wichtige Funktionen im Produktionsprozeß zu erfüllen haben. Auf unsere Organisation entfielen nur acht Vertreter, auf den Hilfsarbeiterverband deren fünf.

Durch den angewandten Verteilungsmodus und die ausschließliche Ausübung des Stimmrechts durch die Delegierten erscheint eine einwandfreie Willensäußerung der Betriebsräte aller Berufs- und Industriegruppen auf dem Betriebsrätekongress gewährleistet. Die Wahrung voller Demokratie wird erst dann möglich sein, wenn ein Wahlreglement vorliegt, dessen Schaffung zu den Aufgaben des Kongresses gehören soll. Seine Beschlüsse werden richtunggebend sein für die weitere Entwicklung der Betriebsrätebewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt.

Die Tagesordnung des Betriebsrätekongresses verzeichnet als ersten Punkt einen Vortrag Rudolf Wissells über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Der Eigenart dieses Arbeiterparlamentes konnte nicht besser Rechnung getragen werden als durch ein derartiges Referat aus beruflichem Munde. Eine ungehinderte Aufklärung über die gegenwärtige Lage des deutschen Wirtschaftslebens gehört zu den unbedingten Voraussetzungen einer

zweckentsprechenden Wirksamkeit der Betriebsräte. Wer als Betriebsrat an dem organischen Umbau der privatkapitalistischen in die gemeinwirtschaftliche Produktionsform in zäher Kleinarbeit mitzuwirken berufen ist, der muß sich über die Vorbedingungen dazu und auch über den einzuschlagenden Weg vollkommen klar sein. Gewiß sind die Verhältnisse innerhalb unseres gesamten Wirtschaftslebens infolge des verlorenen Krieges und der brutalen Bedingungen des Versailles Friedensvertrags über alle Maßen traurig, aber zur Verzweiflung dürfen sie dennoch nicht treiben. Die bestehende wirtschaftliche Not, sie bildet ja gerade den fühlbarsten Anlaß zur Umwandlung der heutigen Produktionsverhältnisse. Was dringend nötig ist, ist die Aufklärung und Zusammenfassung der geistigen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung, um sie zu befähigen, in gemeinsamer Arbeit das schwierige Werk der Besserung und Umgestaltung der jetzigen Wirtschaftsverhältnisse praktisch in Angriff zu nehmen. Darin erblicken wir den Hauptwert und die eigentliche Aufgabe des ersten Betriebsrätekongresses.

Wo der Hebel dazu anzusetzen ist und in welcher Richtung sich die Arbeiterkraft betätigen muß, um das geistliche Ziel zu erreichen, das wird ein anderer, geistlich hochstehender Berater der Arbeiterkraft, Dr. Silberding, der leitende Redakteur der „Freiheit“, in einem Referat zu zeigen haben. Er spricht über die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. Die Unterleuchtung der Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen die gemeinsame Arbeit der besessenen Kräfte planmäßig vor sich zu gehen hat, ist von höchster Bedeutung. Ohne eine nähere Beurteilung der wirklichen Machtverhältnisse, ohne genaue Kenntnis der gegebenen Tatsachen im politischen und wirtschaftlichen Leben werden für den neuzeitigen Aufbau der deutschen Volkswirtschaft nur Siphonarbeit geleistet werden.

Nachdem das zu lösende Problem durch die beiden ersten Tagesordnungspunkte in seiner Gesamtheit aufgeklärt sein wird, werden zwei mitten im Gewerkschaftsleben stehende Referenten, Robert Dilmann und Klemens Rörpel, die Aufgaben der Betriebsräte behandeln. Zwar sind die speziellen Aufgaben der Betriebsräte zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Arbeitsgenossen und als volkswirtschaftliche Organe im Betriebsrätegesetz umschrieben, aber nach alter Erfahrung macht erst der Geist die toten Gesetzesbestimmungen lebendig. In dieser Beziehung etwas nachzuhelfen, die Entwicklung im Interesse der Arbeiterkraft vorwärtszutreiben, das werden sich die Referenten jedenfalls sehr angelegen sein lassen. Die unbedingte Notwendigkeit dafür hat sich im Laufe der kurzen Wirksamkeit vieler Betriebsräte bereits deutlich erkennen lassen. Es ist hier nicht der Ort, darauf näher einzugehen. Man sollte es aber einfach nicht für möglich halten, daß die Rückgratlosigkeit der Betriebsräte in einzelnen Fällen bis zur direkten Unterstützung höchst unsozialer Bestrebungen des Unternehmertums gesteigert werden konnte, ohne daß sich die betreffenden Belegschaften energisch dagegen zur Wehr gesetzt hätten.

Schließlich wird den Betriebsrätekongress noch die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte beschäftigen, über welches Thema Emil Brodat referieren wird. Bei diesem Punkte dürfte es sich u. a. darum handeln, die vom Gewerkschaftsbund und der Afa gemeinsam aufgestellten Richtlinien über das Zusammenwirken der Betriebsräte mit den Gewerkschaften zu sanktionieren. Selbstverständlich unter Berücksichtigung solcher Änderungen, die aus der praktischen Erfahrung heraus sich als notwendig erwiesen haben. Eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte im engen Anschluß an die Gewerkschaften ist ein dringendes Erfordernis der Zeit. Die Zerpfitterungsbestrebungen blindwüthiger Aalefanatiker, die den Betriebsräten außer den wirtschaftlichen auch politische Funktionen übertragen wollen, sie laufen letzten Endes nur darauf hinaus, die Aktionskraft der Arbeiterkraft zu lähmen, anstatt sie zu fördern. Das kümmerliche Verlangen von jener Seite nach Einberufung eines Reichsrätekongresses verdient dementsprechende Bewertung. Wenn die

Betriebsräte die ihnen aufliegenden wirtschaftlichen Aufgaben bewältigen sollen, dürfen sie von den Gewerkschaften nicht organisatorisch getrennt werden. Das mächtigste Gegengewicht gegen eine fortschreitende Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes bilden nach wie vor die Gewerkschaftsverbände. In Gemeinschaft mit den Betriebsräten sind sie dazu berufen, die wirtschaftlichen Geschicke der Arbeiter günstig zu beeinflussen, und zwar unter entsprechender Bewertung ihrer jahrzehntelangen praktischen Erfahrungen. Ebenso wie sich die Vertreter in den Organisations- und Tarifinstanzen durch mühevollen Kleinarbeit emporgearbeitet haben, um die Interessen ihrer Mandatgeber in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Unternehmertum wirksam vertreten zu können, so werden auch die Betriebsräte erst durch ihre praktische Tätigkeit das Wissen und die Fähigkeiten erlangen, die notwendig sind, um sich mitbestimmenden Einfluß zu verschaffen auf den Produktionsprozeß. Die Gewerkschaften werden den Betriebsräten dabei hilfreich zur Seite treten müssen, sei es durch Schulung in technischer Betriebsleitung, in Buchführung, Materialkunde, Kalkulation usw., oder sei es durch Aufklärung über die allgemeingewerbliche Lage und über volkswirtschaftliche Fragen. Andererseits müssen sich natürlich die Betriebsräte als Gewerkschaftler an die Organisationsbestimmungen gebunden fühlen, in denen der Wille der Gesamtheit verkörpert ist. So sind Betriebsräte und Gewerkschaften aufeinander angewiesen, und erst durch gemeinsames Zusammenwirken beider Teile wird die neue Welle im Befreiungskampfe der Arbeiterkraft zu einer wirkungsvollen.

Die Zerpfitterungssucht aus politischen Motiven wird auch vor dem Betriebsrätekongress nicht haltmachen, darauf deuten wenigstens die vorherigen Einberufungen parteipolitischen Fraktionskämpfen hin. Noch weit mehr aber die Anstrengungen, die auf extrem-kommunistischer Seite gemacht werden, um die Arbeit des Kongresses zu stören. Man gewinnt daraus die Überzeugung, daß es sich für die Drahtzieher der kommunistischen Mache, die Däumig, Stöcker usw., lediglich darum handelt, die Betriebsräte in den Dienst derjenigen Elemente zu stellen, die auf eine bewußte Zerstückelung der Gewerkschaften hinarbeiten. Der Betriebsrätekongress soll als Anlaß dazu benutzt werden, durch Herbeiführung parteipolitischer Meinungskämpfe die Einheitsfront der Gewerkschaften zu zertrümmern. In derartigen Einmischungen in das gewerkschaftliche Tätigkeitsgebiet vermögen wir beim besten Willen keine fruchtbare Arbeit für das Wirken der Betriebsräte zu erblicken. Das Durcheinander wird dadurch nur noch größer und die Arbeiterkraft wird irregemacht an ihren Kampforganen. Was der Arbeiterbewegung fehlt, das ist gegenseitiges Vertrauen, damit wir erkennen, was uns trennt und worin wir einig sind. Bei leidenschaftlicher Aussprache würde es sich zeigen, daß manche Klüft zwischen hüben und drüben nicht eine Folge grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten, sondern von Mißverständnissen und Irrtümern ist. Wenn in dieser gährenden Zeit im Notwendigen mehr Einigkeit, im Zweifelschatten mehr Freiheit, in allem aber mehr Duldsamkeit herrschte, dann würde die Gärung schneller zur Klärung führen. Die Festlegung eines einheitlichen Operationsplans müßte dann leichter möglich sein. Die zweiwöchentliche Zeit ist bereits verströht worden in dem Streik um die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte, und eine Innenenge geistiger Kraft wurde vergeudet, die, in positivem Sinne verwendet, der gemeinwirtschaftlichen Aufklärung der Arbeiterkraft nühbringender gewesen wäre. Möge der Betriebsrätekongress bei seinen Beratungen nicht in den gleichen Fehler verfallen, sondern sein Hauptaugenmerk auf den Kern der Sache richten, damit alle Delegierten die Größe ihrer Aufgabe erfassen, die darin besteht, auf das im Betriebsräteproblem liegende hohe Ziel sachlich, verantwortungsbewußt und unbeeinträchtigt hinarbeiten zum Segen aller Arbeitenden. In diesem Sinne wünschen wir dem ersten Betriebsrätekongress einen erproblichen Verlauf.

## Politische Bezirksversammlungen?

Es ist in letzter Zeit mehr und mehr Mode geworden, die Berliner Bezirksversammlungen zum politischen Sammelplatz zu machen. Galt keine Versammlung vergeblich, wo nicht politische Dauerdebatten hervorgerufen und heftige politische Kämpfe ausgetragen werden, die manchmal fast in Zäuflichkeiten auszuarten drohen, wobei dann die eigentliche Tagesordnung nur als Nebenfache behandelt wird. Durch derartige Machinationen ist es sogar vorgekommen, daß einige Bezirksversammlungen ihre Tagesordnung nicht erledigen konnten, weil es zu spät wurde und die Versammlung schon sehr geschleift war. Dieses mußte dann verlagert werden und wurde an einem andern Tage fortgesetzt.

Das kann auf keinen Fall so weitergehen, denn damit wird dem Verband und der Gewerkschaftsbewegung an sich gar nicht gedient. Wir kommen doch nicht zusammen, um uns von der Opposition dauernd politische Verhaltensmaßregeln und Moralpredigten halten zu lassen! Wenn diese Kollegen das Bedürfnis haben, sich jedesmal lang und breit über die politische Lage zu unterhalten, um damit die kostbare Zeit zu verfrachten, und über politische Arbeiterräte, Sowjetrußland und Gott weiß was zu erzählen haben, so mögen sie das in den politischen Volksversammlungen tun. In den Gewerkschaftsversammlungen ist das nicht angebracht, weil eben der Hauptzweck unserer Zusammenkunft dadurch illusorisch gemacht wird. Doch das scheint wohl der Hauptzweck der Opposition zu sein, uns mit ihren ellenlangen politischen „Aufklärungen“ systematisch zu bearbeiten, denn damit erfüllen sie ja eine bestimmte Mission, ohne daß wir es recht merken.

Um also Abhilfe zu schaffen, ist es nötig, daß erstens der Bezirksleiter bei Erstattung des Situationsberichts sich jedes politischen Antritts enthält und jede Bemerkung vermeidet, die irgendwie provozierend wirken könnte oder von der Opposition als Provokation aufgefaßt werden kann. Zweitens hat der Bezirksleiter dann aber auch das Recht und die Pflicht, jede politische Entgleisung andererseits zu unterbinden, indem er jeden Redner, der nicht zur Tagesordnung spricht, zur Sache ruft und ihm bei wiederholter Nichtbefolgung eventuell das Wort entzieht. Wenn so verfahren und nur der rein gewerkschaftliche Standpunkt behandelt wird, wird es jedenfalls nicht nötig sein, die Versammlung bis in die Nacht hinein auszubehnen, und daß wir uns mit politischen Meinungsverfechtungen die Köpfe verketten.

Ich glaube, damit werden alle Kollegen, die noch etwas auf Gewerkschaftsbildung halten, einverstanden sein. Wir würden dann gut in der halben Zeit die Tagesordnung ruhig und sachlich erledigen und könnten auch ruhig auseinandergehen mit dem Bewußtsein, trotz der kurzen Zeit praktische und wirklich nützliche Arbeit vollbracht zu haben.

Berlin-Neukölln.

Felix Seidel.

## Unsre Invaliden

Allen Respekt vor dem Darmstädter Kollegen in Nr. 100, der endlich den Mut fand, der Käse die Schelle umzuhängen. Ja, ja, die Not in Holland muß groß sein, wenn selbst ausgebildete Veteranen im Alter von 60 bis 70 Jahren zur Feder greifen und pro domo schreiben müssen. Gern hätten wir es einer jüngeren Kraft überlassen, für uns eine Lanze zu brechen, aber vielleicht wäre das nicht so leicht geworden, weil die Erfahrung am eignen Leibe fehlt und das Singern eine Kunst darstellt, die nur der Arbeitsinvalide aus dem Effeff versteht.

Es ist wahr: auf keinem lastet der Druck härter als auf dem Invaliden. Der arbeitende Kollege sucht sich den Lebensverhältnisse anzupassen durch höhere Lohnforderungen. Der Kranke erhält täglich eine Unterstützung bis zu 18 Mk. ohne die Kinderzulage, und der Kriegsinvalid stellt sich je nach dem Grade seiner Dienstbeschädigung auf jährlich 2000 bis 3000 Mk. Außerdem veranlassen so wohl die Kriegsinvaliden wie die Arbeitslosen von Zeit zu Zeit Demonstrationsumzüge, wobei sie dem Magistrat auf seinen ledergespalteten Sesseln in die Ohren schreien: Es gibt zwei Sorten Kaiten, die hungrigen und die fassen. Unter 300 Mk. Beihilfe geht es dann nicht ab. Nach ein paar Monaten wird das Mittel von neuem erprobt, und der Magistrat bewilligt, nicht etwa aus Einsicht, sondern aus Furcht. Vor seinem geistigen Auge erdunkelt ein Berg von eingebildeten Spiegelgebilden und eine Reihe ausgeräumter Erker. Das zwingt ihn zu raschem Handeln.

Bis jetzt haben die Arbeitsinvaliden zu diesem Mittel noch nicht gegriffen. Ihre Organisation, die bereits 80000 Mitglieder zählt, blüht immer noch wie ein Weizen im Verborenen. Aber es wird nichts andres übrig bleiben, als denselben Weg zu gehen, um die Kommunen und die Reichsregierung an ihre Pflicht zu erinnern. Für die Beamten und Staatsarbeiter bewilligte die Nationalversammlung im Handumdrehen 10 Milliarden Mk., für die Arbeitsinvaliden wurden die beantragten 500 Mill. Mk. als Beihilfe statt abgelehnt, dafür hinterließ die Nationalversammlung aber eine papierne Resolution, auf die unsere heutige Regierung einfach pfeift. Mit einer elenden Rente von 40 bis 50 Mk. pro Monat muß der Invalide leben, w.e er auskommt. Die ganze Jahresrente stellt sich mit der Verbandunterstützung auf 1100 bis 1200 Mk.; eine Summe, die ein Berliner Kollege in einem Monate verdienen kann.

Das Haushaltsbudget eines Invaliden läßt an Aberflüssigkeit nichts zu wünschen übrig. 500 Mk. für 20 Zentner Brennmaterial, um sich im Winter die heißen Glieder zu wärmen; 300 bis 400 Mk. für Miete und Beköstigung, 52 Laib Brot a 4,50 — 234 Mk. Damit

Punktum. Kartoffeln, Fleisch, Fett, Mäliche, Kleidungsstücke sind Luxusartikel, die in diesem Budget keinen Platz mehr finden. Wollte man den Magentinhalt eines Invaliden analysieren, man würde selbst mit dem feinsten Mikroskop keine Fett- oder Eiweißbestandteile entdecken. Die 50 Pf. Erhöhung der Rente werden durch die erhöhten Beiträge zur Ortskrankenkasse glatt absorbiert. Die Rente ist also viel zu minimal. Reichlich denn der vielgerühmte Bealimus nicht so weit, um eine oder zwei Zigarren pro Woche weniger zu rauchen und die auf diese Weise ersparten Beiträge dem Verbande zu Unterstüßungszwecken an die Invaliden zur Verfügung zu stellen? Wenn die große Zahl der neu hinzugekommenen Verbandsmittglieder noch nicht opferbereit ist, so muß sie eben zur Bereitschaft erzogen werden. Unsere Führer dürfen es an Aufklärung nicht fehlen lassen. Auch die alten Invaliden haben seinerzeit Opfer gebracht. Bei der Auslieferung im Jahre 1873 wurden neben dem laudenden Verbandsbeiträge noch 3 Mk. Strafsteuern erhoben bei einem Wochenverdienst von 19,50 Mk. Was für die heutigen Invaliden geschieht, geschieht doch im Grunde genommen für jeden Kollegen.

Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Oder soll es zur Wahrheit werden, was der Dichter sagt: Wenn du aber gar nichts hast, — so laße dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben!?

Wiesbaden.

F. G.

## Das geschärfte Gewissen

Halt! — Nicht weiter! ruf in Nr. 108 der Kollege O. V. (Leipzig) den Vätern der „Surenkinder“ zu und auch den Korrektoren, die angeblich die Lampe dabei hielten. Er will ihnen das Gewissen schärfen. Die schlechten Trennungen haben es ihm gleichermäßen angefan. Ach und wehe über die +++-Machinenfehler!

Na ja, schön ist es nicht, was da alles verbrochen wird in der „modernen“ Buchkunst. Aber die Ursachen, lieber Kollege O. V., die sind doch wohl nicht nur bei den Sehern und bestimmt nicht bei den Korrektoren zu suchen!

Bücherfabriken, Zettlungsfabriken bedingen Fabrikware. Die Kunst geht befallen, auch im Buchgewerbe. Es wird erst besser werden, wenn auch die Fabrikarbeit künstlerisch verebelt sein wird, wenn auch der Fabrikarbeiter Künstler ist. Der Kapitalismus pfeift aber auf Kunst, er will Zinsen haben, auch auf dem Büchermarkt. Die „guten alten Regeln“ sind eben recht alt geworden; an Güte verloren sie nichts, aber für den „modernen“ und schnellen Fabrikbetrieb taugen sie nicht mehr.

Möhen wir uns in Ihrem Sinne, Kollege O. V., aber hoffen wir nicht auf baldige Besserung. Die Korrektoren geben diesen Kampf zwar nicht auf, aber sie führen ihn nicht hartnäckig, wo sie unüberwindlichen Widerstand finden; ihnen braucht also das Gewissen nicht geschärft werden.

Aber den andern —

Gott grüß die Kunst! Die guten alten Regeln unsrer Altvordern sollen wieder zu Ehren gebracht werden. Stobt an, Typographia soll leben!

Berlin.

Artus.

## Die alten Buchdruckerregeln

Der Artikel des Kollegen O. V. in Nr. 108 des „Korr.“ vom 25. September fordert zu einer Kritik förmlich heraus. Wenn der Artikelsschreiber im Schlusssatz die Mahnung an die Korrektoren richtet, die Regeln der Altvordern wieder zu Ehren zu bringen, so hätte er besser getan, er wäre vor die rechte Schmiede gegangen und hätte sich an Verleger und Prinzipale gewandt. Manche Verleger haben geradezu aburde „Eigenwille“, die mit keiner Buchdrucker- und Orthographieregel in Einklang zu bringen sind, und die servile Geschäftemacherer mancher „Großdrucker“ geht ohne Strupel auf jeden Sonderwunsch ein, bloß um sich den Auftrag „nicht entgegen zu lassen“.

Ja, lieber Freund, hier liegt die Hauptursache allen Übels: der Egoismus der Verleger und die despotische Verbeugung des Buchdruckerkapitals vor ihm! Ein zweiter Punkt sind die Nichtachtung auf dem Korrektorsplatz. In einer Leipziger „Großdrucker“ befinden sich unter den Korrektoren 50 Nichtfachleute, sogar der Oberkorrektor war ein Nichtfachmann. Auf ihrer Lebensbahn gekolperte Lehrer, Pastoren, Postbeamte, Buchhändler, Juristen, Apotheker glauben, daß Korrektorenlesen „ja weiter nichts ist!“ Daher denn auch die gehäufte Klagen über mangelhafte Buchausstattung und -herstellung. Auf ein paar Fehler mehr oder weniger kommt es nicht an, wenn nur recht viel fertig wird, und da kann bekanntlich bei schlechtester Bezahlung gerade der Korrektor nie genug liefern. Wer in der Praxis steht, wird mir zustimmen müssen. Die Tätigkeit des Korrektors wird von den eignen Berufskollegen schon vielfach nicht voll gewürdigt, ist es da ein Wunder, wenn Geschäftsleitungen großer Druckereien, denen die Arbeit längst verlorengegangen ist über die Vorgänge innerhalb des Betriebes, sich des Korrektors immer erst dann erinnern, wenn vom Verleger ein „Fering“ kommt und nun der Bock gelockt wird, den man in die Wölfe schicken will?

Die gelehrten Korrektoren werden jedenfalls einer Mahnung zur Umkehrung der alten Regeln nicht bedürftig, sie haben sich bis heute gegen die Verleumdung ihres Berufs durch den Kapitalismus gewehrt. . . leider erfolglos, wie nach Lage der Sache nicht anders zu erwarten war. Hoffentlich wird es nach dem 25. Oktober anders.

Leipzig.

F. J.—n.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

B. Arnberg. In der Versammlung vom 11. September nahm unser Ortsverein Stellung zur Tarifrevision. Wie nach Lage der Dinge zu erwarten, war die Stimmung erregt. Alle über das angelegentlich des Lebensverhältnisse Gesehene und Befehende erzeugte Anzulirdeheit kam zur Entladung. Die Staffung und Ratenzahlung der Steuerzulagen, die unbefriedigende Lösung des Lokalzuschlags, die allzu schnell erfolgte Senkung der kreisamtlichen Sonderzulage, die Verlängerung der Geltungsdauer der letzten Tarifauschubbeschlüsse auf der einen Seite, die Erhöhung der Verbands- und Krankenkassenbeiträge, der Steuerabzug, die erhöhten Lebensmittelpreise auf der andern Seite hatten Explosionsstoff genug aufgespeichert. Dem entsprechend war auch die Debatte. Eine vom Vorstand eingebrachte und einstimmig angenommene Entschließung hatte, in der Hoffnung auf Beachtung an zukünftiger Stelle, die Wirkung einer Aufreinigung nach einem Gewitter. Ihr Inhalt besagt im wesentlichen: Die Verlängerung der Geltungsdauer der Beschlüsse der letzten Tarifauschublösung über den 31. August hinaus bis zur Tarifrevision am 18. Oktober angelehnt der weiteren Zunahme der Steuer- bzw. des Wiederanziehens der Preise und der Erfordernisse für die Winterverforgung als nicht angebracht verurteilt, kann der Ortsverein Arnberg nicht umhin, die Griftenbedingungen der Buchdrucker als faulrig zu bezeichnen. Die schlechte gewerbliche Lage steht der Gewährung einer ausgiebigen Griften auf tariflicher Grundlage durchaus nicht im Wege und ist mit ihrer Rückwirkung auch auf die Bekürstigtenarbeitenden eine Notwendigkeit. Namentlich die Befolungsreform für die staatlischen Beamten und Angestellten mit ihrer Rückwirkung auch auf dieselbe Arbeiterklasse, die hohen Verdienste der Eisenbahner seit Einführung des auf guter Lohngrundlage aufgebauten Akkordsystems (100 Mk. pro Woche mehr als die Buchdrucker) lösen logischerweise Bitternis über die eigene mäßliche Lage aus. Vom Ortsverein Arnberg ergeht daher der Ruf an die Tarifinsanzen, die Tarifrevision eine wirkliche Revision des Griftenminimums werden zu lassen. Die Versammlung fordert ferner einen gerechten Ausgleich des Lohnes zwischen Grob- und Kleinfabrik in der Überzeugung, daß die früher maßgeblichen Verhältnisse heute fast umgekehrt liegen. Der Ortsverein Arnberg richtet den dringenden Appell an die Gehilfenvertreter, ihre ganze Kraft zur Erreichung eines ausreichenden Minimums einzusetzen. Als geeignete Grundlage erachtet der Ortsverein den Befolungsplan für die staatlischen Beamten usw.: Grundlohn, Ortszulagen, Kinderzulagen und Ausgleichszulagen (Steuerzulagen), letztere wirkend als Regulator des Einkommens gemäß der jeweiligen Verhältnisse.

Kl. Beuthen, Oberchl. (Maschinenmeister.) Trotz der politisch schwierigen Lage, in der sich unser Oberchl. befindet, herrscht in unserm Verein reges Leben. Ein an acht Sonntagsvormittagen abgehaltener Farbenmischkursus war von 40 Teilnehmern besucht. Daran nahmen auch Mitglieder der Graphischen Vereinigung teil. In der Monatsversammlung am 4. September hielt unser bewährter Vorsitzender Ulrich einen Vortrag über Anlageapparate, dem sich ein praktischer Kursus in den Druckereien der Verlagsgesellschaft „Katalok“ und der Firma Immerwahr anschloß. Ferner kamen eine Rundsendung über Schmitz und ein Vortrag über die Reichsdrucker zur Besprechung. An Geselligkeit fehlte es auch nicht. Ein Morgenausflug nach Neudeck und ein solcher nach Sarnowitz wird den Kollegen noch lange in Erinnerung bleiben. Junger Dank gebührt unserm uner-müdlischen Vorsitzenden Ulrich, der mit seinen reichen Erfahrungen den Kollegen zur Seite steht und es versteht, daß deutsche und polnische Kollegen in schönster Harmonie und Eintracht zusammenhalten, nur den Blick nach vorn gerichtet zum Wohl unser Mitsglieber und der Sparte. Der Christian Holtmann-Steinbergischen Farbenfabrik, Zweigniederlassung Breslau, für die uns überlassenen Farben herzlichen Dank. Gleichen Dank den Firmen „Katalok“ und Immerwahr für freundliche Überlassung der Maschinen. An die Kollegenvereine richten wir die Bitte, uns durch Überlassung von Spezialmaschinen durch Rundsendungen zu unterstützen.

Borna. Unsere starkbesuchte letzte Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Bekanntmachung des Tarifamts betreffs Verlängerung der jetzigen Steuerzulage bis zum 13. Oktober. Sämtliche Redner verurteilten die Maßnahmen des Tarifamts und brachten zum Ausdruck, daß speziell die Orte nahe einer Großstadt mit wenig oder geringem Lokalzuschlag es als eine unbedingte Notwendigkeit erachten, daß eine neue Festsetzung der Steuerzulagen ab 1. September erfolgen müsse, da die letzten Zulagen längst schon durch Erhöhung der Klassenbeiträge, Mieten und Abzug der Steuern illusorisch gemacht seien und von einem Preisabbau der Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände nichts zu spüren sei. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heute, am 5. September, tagende Versammlung des Ortsvereins Borna legt hierdurch ganz entschieden Protest ein gegen die nach dem 31. August weiter eingetretene Verlängerung der zur Zeit gültigen Steuerzulagen und schließt sich der Forderung der Ortsvereine Hamburg-Altona und Sanau betreffs sofortiger Einberufung des Tarifauschusses zwecks Erhöhung der Steuerzulagen an.“

St. Dresden. Am 1. September fand die Generalversammlung des Dresdner Buchdruckervereins statt. Nach Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahres-

rechnung beschloß die Versammlung, die Unterstufungen sowie die Beiträge auch im laufenden Geschäftsjahr auf der gewesenen Höhe zu belassen. Der Verein soll in Zukunft in härterer Weise zu den Verwaltungskosten herangezogen werden. Die Remunerationen für die Vorstandsmitglieder wurden erhöht. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Posten des ersten und zweiten Vorsitzenden neu besetzt, und zwar durch die Kollegen Freitag und Giebler. Zum Kassierer wurde Kollege Schröder gewählt. Bei den Beisitzern und Bibliothekaren trat zum Teil eine Verminderung ein. Der Graphischen Vereinigung wurden wiederum 100 Mk. aus den Mitteln des Vereins bewilligt. — Am gleichen Abend fand die Versammlung der Dresdner Gaumitglieder statt. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zum Beschlusse der Versammlung vom 11. August: Vom Übersundenverdienst sind 50 Proz. für die Arbeitslosen an die Gauerwaltung abzuliefern. Nach langer Debatte wurde der genannte Antrag gegen zwei Stimmen angenommen mit dem Zusatz: „Ausnahmefälle sind dem Gauvorstande zu unterbreiten und von diesem zu entscheiden“. Nach Erledigung einiger kleiner Verbandsangelegenheiten widmete der neue Gauvorsitzer Freitag dem von seinem Amte geschiedenen Kollegen Wendische herzlich Worte des Dankes für dessen 26jährige treue Pflichterfüllung für den Gau und den Verband insbesondere. Kollege Wendische dankte mit dem Versprechen, auch in Zukunft dem Verband ein freies und eifriges Mitglied bleiben zu wollen. Der Beifall, der den Worten des Kollegen Wendische folgte, bewies, daß wohl der größte Teil der Dresdner Gaumitglieder seinem scheidenden Führer für einen „ruhigen“ Lebensabend das Beste wünscht.

**Frankfurt a. M. (Schriftleiter.)** In der Versammlung am 13. September gab Vorsitzender Lange einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen zwecks Erhöhung der Steuerzulagen in Frankfurt a. M. Da trotz allen ins Feld geführten Beweisen der zur Zeit herrschenden Steuerungsverhältnisse keine Einigung erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen abgebrochen mit der Erklärung, das alte tarifliche Abkommen auf vier Wochen weitergehen zu lassen und das Reichsarbeitsministerium anzurufen. In der Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, vor allem die Kollegen, die an den Verhandlungen teilnahmen und ebenfalls den Gang der Verhandlungen schilderten, wurde betont, daß die Prinzipale absolut kein Verständnis für unsere Notlage hätten. Es wurde weiterhin aus der Versammlung heraus mitgeteilt, daß, wenn die Prinzipale bei den Verhandlungen immer mit den Spitzenhänden kämen, der Akkord in Zukunft über Bord geworfen würde. Die Beratung über die Streitfrage der örtlichen Feiertage wurde dem Tarifamt übertragen, die Forderungen und Bestimmungen hierzu hat der Vorsitzende sachgemäß an die Zentralkommission abgehandelt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

**Br. Freiburg i. Br. Am 12. September** fand unsre Herbstbezirksversammlung statt. Zu Beginn erstreute uns untre wachere, tüchtig aufstrebende Sängersabteilung mit einem Freizeitschor. Vorsitzender Sandfort gab sodann ein Bild über die Lage im Bezirke. Die Kollegen der Druckerei Waldkirch und Gutach haben sich zu einem Ortsvereine zusammengeschlossen. Der Buchdruckereibesitzer Emil Günther hat unberechtigtweise Betriebsratsmitglieder entlassen und muß nun ein sehr erhebliches Lehrgeld zahlen. Auch sonst glaubt dieser Herr sich über tarifliche Bestimmungen hinwegsetzen zu können, doch wird er von dieser Meinung schon noch kurier werden. Die hiesigen Prinzipale wollen die Lehrlingsordnung, die ja durch den Tarifausschuß genehmigt ist, nicht anerkennen, trotzdem doch gerade die Prinzipale den größten Nutzen davon hätten, wenn die Ausbildung der Lehrlinge nach den Richtlinien der Lehrlingsordnung durchgeführt würde. Die Bezahlung des Kostgeldes ist überall tariflich, desgleichen wurden auch die Ferien gewährt. Der Unterebergbund, der hier am Ort etwa ein Dutzend Mitglieder hat, hat sich bei der Prinzipalsorganisation beschwert, daß man ihm im Bezirkslehrlingsausschuße, der drei Beihilfenmitglieder zählt die Prinzipale nehmen aus dem oben angeführten Grunde keine Wahl vor, eine Vertretung gewährt hat. Abgesehen davon, daß es ein unbilliges Verlangen ist, einem Dutzend Beihilfen einen Vertreter zu bewilligen und 400 hier am Ort im Verband organisierten Beihilfen nur zwei, haben wir auch für die „Tariffreue“ des Unterebergbundes in letzter Zeit wieder einen Beweis erhalten, daß wir es ablehnen müssen, mit demselben örtlich zusammenzuarbeiten. Aber die letzte Gauvorsitzerkonferenz referierte in kurzen, klaren Ausführungen Gauvorsitzer Kollege Lindenlaub und fand damit den lebhaftesten Beifall der Zuhörer. Hierauf erstattete Kollege Sandfort einen kurzen Bericht über die Bezirksvorsitzerkonferenz. Die Entschädigung des Vorstandes wurde neu geregelt und hierbei dessen Tätigkeit allgemein anerkannt. Zum Schluß wurde beschlossen, die Feter der 50jährigen Berufsjubiläum zu begehen, wenn der Subilar auch mindestens 25 Jahre Verbandsmittglied war. Hierauf wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen. — Die Geschäftsfrage im Bezirke hat sich noch nicht wesentlich gebessert. Verkünderarbeiten und Entlassungen sind an der Tagesordnung. Tarifschlichtungsgericht und Schlichtungsausschuß müssen sehr oft in Anspruch genommen werden. Die konditionslosen Kollegen suchen vielfach in andern Berufen unterzukommen. Auch Schmutzkonkurrenzfälle sind zu verzeichnen — wie überall, aber da sich die Prinzipale selbst nicht viel drum kümmern, ist auch uns Schülern das Einschreiten erschwerter. Zur Unterstützung der durchreisenden Kollegen wurde eine freiwillige Sammlung vorgenommen, die eine schöne Summe ergab; es erhalten die betreffenden Kollegen für Nachquartier usw.

**Görlitz. Am 11. September** fand auch hier die Gründung einer Lehrlingsabteilung statt. Kollege Pause, vom Bezirksvereine Görlitz als Beihilfenbetrag für die Jungbuchdrucker bestimmt, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten, um im weiteren die Erklärungen mit den Zwecken und Zielen der Lehrlingsabteilung mit der tariflichen Lehrlingsordnung usw. bekanntzumachen. Redner verstand dies in folgenden Worten: „So daß ihm aus den Reihen unsres Nachwuchses reger Beifall geößt wurde. Ergänzend sprachen noch mehrere andre Kollegen. 31 Lehrlinge vom Vorort und 27 aus dem Bezirke haben ihren Beitritt erklärt. Recht bezeichnend für den Unterebergbund war ein zur Verlesung gekommenes Schreiben der bei der Firma C. A. Starke beschäftigten Bündler, wonach dieselben unser Rundschreiben an die dortigen Lehrlinge abgelesen und die Zirkulation mit den Worten abgelehnt hatten, sämtliche Lehrlinge der Firma seien bereits Mitglieder des Bundes. Kollege Pause kritisierte dies Vorgehen und erklärte, daß die Einladung zur Gründungsversammlung natürlich an alle Lehrlinge in Görlitz ergangen sei, um dieselben in allen Punkten aufzuklären und ihnen den Weg für die wirkliche Wahrung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen zu weisen. Bei der nun einsetzenden Diskussion, wurden noch verschiedene Lehrlingsmitstände geklärt. Mit den Wahlen von vier Lehrlingen in den Ausschuß zur Lehrlingsabteilung und nachdem Kollege Pause und der Bezirksvorsitzende Wüsch der neugegründeten Jugendabteilung in warmen Worten ein gutes Gedeihen gewünscht hatten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**S. Aßn. (Bezirksversammlung vom 4. September.)** Nach Ehrung vier verstorbenen Kollegen und Erledigung des geschäftlichen Teils durch Kollegen Moits sprach Arbeitersekretär Benno Poeten über: „Aus der Praxis des Einkommenssteuergesetzes“. In dreiviertelstündigem Vortrag erläuterte Redner die Härten des Gesetzes für die Arbeiterschaft und gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Reichstag das Erlösensminimum erhöhen und den Prozentsatz des Steuerabzugs erniedrigen werde. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen und sollte dem Referenten Beifall. Hierauf wurden nach eingehender Begründung drei Anträge zur Tarifaushebung angenommen: 1. „Der Vorsatz bei den Tarifschlichtungsgerichten soll von einer unparteiischen Person ausgeübt werden“; 2. „Bei den demnachst beginnenden Tarifverhandlungen sind Kopplagen in den Tarif aufzunehmen, und zwar in der Weise, daß für jede zum Haushalte gehörige, verlorungsrechtliche Person und Woche ein besonderer Lohnzuschuß gewährt wird. Jeder Unternehmer soll pro Kopf des bei ihm Beschäftigten einen bestimmten Beitrag an eine allgemeine Kasse leisten, aus der die Kopplagen gezahlt werden.“ 3. „In ihre Vertreter sollen dafür eintreten, daß der Maternausgleich unterlagert wird.“ Unter „Verstehenem“ wurde u. a. angeteigt, Schritte zu unternehmen, damit die Papierpreise heruntergedrückt werden. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Preise für Zeitungspapier seit dem 1. September um 12 1/2 Proz. ermäßigt worden sind. Bebahnte Beschwerden wurden über die unzureichenden Löhne geklärt und darauf hingewiesen, daß die Buchdrucker von verschiedenen andern gelehrten Berufen beträchtlich überflügelt worden seien.

**Aßn. Die am 6. September** abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Unter andern wurde auch zur Bildung einer Lehrlingsabteilung Stellung genommen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Lehrlinge zusammenzurufen und die Gründung der Lehrlingsabteilung vorzunehmen. Die sachliche Ausbildung wurde der Typographischen Vereinigung übertragen. Um die Bildung eines Ortslehrlingsausschusses vorzubereiten, wurde beschlossen, in einer Eingabe an den Magistrat die Errichtung einer Fachklasse für Buchdrucker zu fordern. Als Leiter des Fachunterrichts wurden vorgeschlagen: Kollege Schira für die Seher und Kollege Tobold für die Drucker. Ferner wurde beschlossen, vom 1. Oktober ab den durchreisenden Kollegen für eine Nacht freies Schlafen und Morgenkaffee zu gewähren. Dieser Beschluß gilt einflussreich bis 1. April n. J. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Leipzig. (Schriftleiter.)** In der gutbesuchten Versammlung am 15. September wurde vom Tarifvertreter Bericht über die gegenwärtige tarifliche Lage sowie über die letzte Tarifaushebung gegeben. Der Termin für die sogenannte außer tarifliche Zulage lief mit dem 31. August ab. Die Prinzipale hatten an die Zentralkommission das Eruchen gerichtet, dahin zu wirken, daß diese Zugeländnisse bis Ende September festgelegt würden. Durch Umfrage in den Gießkäden ist dies jedoch abgelehnt worden; es sind demgemäß von den Beihilfen neue Anträge gestellt worden. Anfangs lebten die Prinzipale diese Anträge als unbedeutend ab; auf erneutes Eruchen der Zentralkommission wurden diese Anträge jedoch als Verhandlungsbasis betrachtet. Die Verhandlungen selbst waren von kurzer Dauer, da die Prinzipale zu kleineren Zugeländnissen zu bewegen waren. Es erluchte r um Fortbestehen der alten Abmachungen bis Mitte Oktober, was jedoch von den Beihilfen abgelehnt wurde. Es blieb somit, genau wie bei den letzten Verhandlungen, kein anderer Ausweg, als sich an das Arbeitsministerium zu wenden. Vorläufig müsse in der ganzen Angelegenheit eine abwartende Stellung eingenommen werden. In der Aussprache tadelt ein Kollege das Verhalten der Prinzipale, welche die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Beihilfen abwälzen möchten. Im übrigen wurde der eingeschlagene Weg als richtig bezeichnet. Nachdem die Wahlen zum Tarifamte vollzogen sind, wird dieses in

nächster Zeit zusammentreten, um verschiedene tarifliche Angelegenheiten zu erledigen. Zum Schluß wurden noch einige kleinere Sachen besprochen.

**Mainz. Die Bezirksversammlung** am 30. August hatte einen sehr guten Verlauf. Eine lebhafte Debatte löste der Vorstandsantrag betreffend „Einführung eines wöchentlichen Ertrabeltrags von 1 Mk. zwecks Unterstützung der Arbeitslosen“ aus. Die ungeheure Notlage der arbeitslosen Kollegen wurde von allen Rednern voll gewirkt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die wirtschaftliche Notlage der Buchdruckergeriellen im allgemeinen unbedingt der Öffentlichkeit unterbreitet werden müsse. Mit Entrüstung wurde von mehreren Rednern festgestellt, daß wir Buchdrucker, trotz einer den Geist und Körper sehr schädigenden Beschäftigung — gegenüber den ungelerneten Arbeitern — zu niedrigeren Löhnen arbeiten müssen. Einstimmig angenommen wurde hierauf ein Antrag aus der Versammlung, wonach für Unterstützung der Arbeitslosen 3000 Mk. aus der Bezirkskasse flüssig gemacht werden sollen. Zum Schluß fand noch eine ausgedehnte Aussprache über das unkollegiale Verhalten eines hiesigen Vertrauensmannes statt.

**Raumburg a. d. S. (Korrektorenverein.)** Im „Löwen“ zu Sena hielten am 12. September die Korrektoren Ostbüdingen ihre diesjährige gemeinsame Versammlung ab. Es waren etwa 20 Kollegen erschienen, einschließlich mehrerer Senaer Korrektoren, von denen im Laufe der Sitzung drei ihren Beitritt zum Sparverein erklärten. Stimmungswohl eingeleitet durch einen Vortrags des dortigen Kollegenvereins und eine Ansprache des zweiten Vorsitzenden des Senaer Bezirksvereins eröffnete Kollege Fuhrmann die Versammlung mit Worten des Dankes für die dargebrachten Empfangsgrüße. Aus dem erstatteten Vereinsbericht ergab sich, daß der Vereinigung jetzt 24 Mitglieder angehören, die sich auf die Orte Allenburg, Oera, Raumburg, Rudolfsbad und Weimar verteilen. Die Kasse hatte am 1. Juli einen Bestand von 145 Mk. Die Beschlüsse des dritten Korrektorenkongresses wurden einer nachträglichen Besprechung unterzogen und Stellung genommen zu den tariflichen Anträgen der Korrektoren. Der beantragten Erhöhung des Beitrags auf 20 Pf. wurde zugestimmt. Nach Regelung der Fabriklostenentschädigung fand mit einer Aussprache unter „Verstehenem“ die Versammlung ihr Ende. — Der Nachmittags vereinigte die Teilnehmer zu einer Nachsitzung auf dem Fuchsturm.

**Neumünster i. S. Am 1. Oktober** beging Kollege Fröh Reuhner von hier sein 50jähriges Berufsjubiläum. Nachdem der Jubilar seine Lehrzeit in Berlin beendet und dort als Gehilfe tätig gewesen war, trat er nach beendeter Wanderjahre vor 41 Jahren bei der hiesigen Firma R. Sieronymus in Kondition, wofür er in über 30jähriger Geschäftszugehörigkeit bis zum Geschäftsführer heraufkletterte. Seit zehn Jahren bekleidet er den Posten des Direktors des hiesigen „Generalanzeigers“. Kollege Reuhner gehört seit 1879 dem Verband an.

**Bezirk Offenbach a. M. (Versammlung am 7. September.)** Einigen geschäftlichen Mitteilungen folgte der Bericht über die letzten Sitzungen des Ortsausschusses (Gewerkschaftskartell), welcher die Annahme der geforderten Beitragserhöhung zu demselben gestigte. Die Kandidaten zur Wahl des Lehrlingsausschusses wurden aufgestellt, worauf einige örtliche Angelegenheiten die Versammlung beschäftigten. Davon sei nur erwähnt, daß für alle reisenden Kollegen in der Druckerei des „Offenbacher Abendblattes“ ein Platzium ausbezahlt wird. — In diese Versammlung schloß sich eine Sitzung mit den Betriebsratsmitgliedern, Betriebsobmännern bzw. Vertrauensleuten, in welcher diesen erläuternde Hinweise für ihre ausübende Tätigkeit gegeben wurden.

**Sangerhausen. Die Versammlung** am 1. September drückte u. a. ihr Bedauern darüber aus, daß die im August fällige Tagung des Tarifausschusses nicht stattgefunden hat. Besonders die Provinzkollegen, die nachweisbar durch die Stäfflung der Bühne benachteiligt sind, hatten mit einer weiteren Erhöhung des Einkommens gerechnet. Es wird nunmehr aber erwartet, daß bei der kommenden Tarifrevision besonders für die Provinzkollegen ein Ausgleich erreicht wird.

□ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □

**Hauptversammlung des Zeitungsverlegervereins.** In einer Sondernummer des „Zeitungsverlags“ wird die Einberufung der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger auf Mittwoch, den 20. Oktober, nach Hannover angekündigt. Die Tagesordnung umfaßt folgende 14 Punkte: Eröffnung und Begrüßung; Jahresbericht; Jahresrechnung 1918/19, 1919/20, Voranschlag 1920/21; Festlegung der Mitgliedsbeiträge; Satzungsänderungen; Wahlen; Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Lion über alle das Zeitungsgewerbe berührenden Steuergesetze mit anschließender Diskussion; Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe; Arbeitsmarktanzeigen (drohendes gänzlichcs Verbot derselben); Papierbewirtschaftung (Rantlingentierung, Papierpreis, Rückvergütung); Nachrichtenwesen; Verstederes; Nachträglich eingegangene Anträge zur Tagesordnung; Wahl des Ortes der nächsten Hauptversammlung; Schlußwort. Wie weiter bekanntgegeben wird, findet anlässlich der am 21. Oktober in Hannover stattfindenden Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe ein sehr beachtenswerter Vortrag über die Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz im Zeitungsgewerbe, Referent Dr. Spoww (Berlin), Korreferent Rechtsanwalt Claren (Aßn), statt, zu dem auch

die Vereinsmitglieder, die nicht dem Arbeitsgeberverband angehören, eingeladen sind.

Erfindung einer neuen Buchdruckerschneidpresse. Wie wir in der Tagespresse lesen, soll es dem Faktor Gustav John in Stehlin nach jahrelangen Bemühungen gelungen sein, eine Schneidpresse zu konstruieren, die das bisherige Entstem verläßt und deren Arbeitsweise auf vollständig entgegengesetzter Grundlage beruht. Die neue Schneidpresse erreicht gegenüber der alten angeblich die doppelte Druckzahl und selbstig außerdem noch ungeahnte Vorteile. Die Erfindung bedeutet eine Revolution im bisherigen Schneidpressenbau; sie wurde dem Erfinder patentamtlich geschützt, und es haben sich bereits Finanzleute gefunden, um ihre Einführung und Verbreitung sicherzustellen.

Gegen den Lohnabbau. Unter der Eismarke „Drohender Konflikt im Zeitungsgewerbe“ berichteten wir in Nr. 110 über den von Berliner Zeitungverlegern geforderten 20prozentigen Abbau der Angestelltengehälter. Eine große Verammlung der Angestellten der Annoncenexpeditionen nahm dazu alsbald Stellung. Die Referenten, die über die gegenwärtige Tarifbewegung berichteten, betonten, daß die jetzigen Tarifverhandlungen einen schweren Kampf bedeuten, weil die Unternehmer die Absicht haben, die Gehälter, die schon jetzt nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt der Angestellten zu bestreiten, abzubauen. Das werden sich die Angestellten unter keinen Umständen gefallen lassen. Sie fordern vielmehr, daß ihre Bezüge den herrschenden Teuerungsvorfällen entsprechend aufgebessert werden. Auch die Diskussionsredner vertreteten diese Ansicht. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Absicht der Unternehmer, die Gehälter abzubauen, protestiert, eine Erhöhung der Gehälter verlangt und schließlich sagt, daß, wenn die Verhandlungen über die Gehaltserhöhung nicht bis zum 4. Oktober abgeschlossen sind, die Angestellten ihre berechtigten Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln erkämpfen werden. Mit gleicher Energie nehmen alle übrigen Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe den Kampf gegen den Gehaltsabbau auf. Sie fordern vielmehr Gehaltserhöhungen von 15 bis 20 Proz. Eine sehr stark besuchte Verammlung der Angestellten im Zeitungsgewerbe wies das Verlangen der Unternehmer entschieden zurück und verlangte, daß an den Forderungen der Angestellten festgehalten werde. Die Vertreter aller für diese Bewegung in Frage kommenden Gewerkschaftsrichtungen waren darin einig, daß ein Abbau der Gehälter ganz energisch abgelehrt werden müsse, und daß in dieser Hinsicht eine vollkommene Einheitsfront der Angestellten bestehe. Mitgeteilt wurde, daß die Verlage des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ schon vor einiger Zeit mit ihren Angestellten Klausurverträge mit wesentlich höheren Gehaltsätzen abgeschlossen haben, als im bisherigen Tarif vorgesehen sind. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sagt, daß die Angestellten an ihren Forderungen festhalten, da die jetzigen Gehälter zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Jeder Lohnabbau wird mit Entrüstung abgelehnt. Die Afa wird beauftragt, den Kampf mit dem Arbeitsgeberverband zum siegreichen Ende zu führen. Nach den neuesten Zeitungsmeldungen hat der Zentralverband der Angestellten für das Zeitungsgewerbe in einer am 1. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung wegen Ablehnung der geforderten Gehaltserhöhungen beschlossen, vom 2. Oktober ab in den Streik zu treten. Die Verleger hatten bereits vorher erklärt, daß jeder, der sich an dem Streik beteiligt, aus seiner Stellung kräftlos entlassen ist. Aber den Umfang der Bewegung läßt sich gegenwärtig noch nicht bestimmen.

Appell an die alten Gewerkschafter. Vom Zentralverband der Angestellten wird nachfolgender Mahnruf zwecks Veröffentlichung in der Gewerkschaftspresse verfaßt, der sicherlich auch bei unsern dafür in Frage kommenden Kollegen die nötige Beachtung finden wird: „So wie Ihr seid auch eure Kinder verdammt, dem Kapitalismus zu fromen, als Kopf- oder Handarbeiter sind sie berufen, dem Kapital die Jugend zu opfern. Wenig bietet ihnen das Leben. Wo in dem Elternhause der freigewerkschaftliche Gedanke richtig bewahrt, gehegt und gepflegt wurde, ist es selbstverständlich, daß der junge Kopfarbeiter sich organisiert im Zentralverband der Angestellten. Aber viel wurde gelündigt von Euch Allen, nicht immer pflanzet Ihr den freigewerkschaftlichen Gedanken in das Herz eurer Kinder, wo er als reife Frucht den Weg zur „richtigen“ Organisation zeigt. Gerade wir Handelsangestellte leiden unter den Sünden der Vergangenheit und unter der Gleichgültigkeit der Gegenwart. Fast immer sind es Proletariatskinder, die unter den Augen der Väter und Mütter den Weg in die bürgerlichen Verbände gefunden haben und zu Feinden des freigewerkschaftlichen Gedankens werden. Unter den wichtigsten Vorwänden wird oftmals die Organisation gewechselt. Es ist ein beschämendes Gefühl, dies immer und immer feststellen zu müssen. Helft uns, Ihr alten Gewerkschafter! Veranlaßt unter allen Umständen eure Töchter und Söhne, soweit sie als Kopfarbeiter in Frage kommen, sich dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.“

Zum Entwurf einer Schlichtungsordnung. Vom Reichsarbeitsministerium wird zum Gehehensentwurf einer Schlichtungsordnung folgendes mitgeteilt: Die Beratung des Gehehensentwurfs einer Schlichtungsordnung, die im Reichsarbeitsministerium mit der aus 18 Mitgliedern bestehenden, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzten Kommission durchgeführt wird, ist vorläufig abgeschlossen. Nach Zusammenstellung der gefassten Beschlüsse sollen diese in einer gemeinsamen Schlichtung nochmals beraten und in ihre endgültige Fassung gebracht werden. Unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse wird der Entwurf mit den Vertretern der Regierung beraten und danach dem vorläufigen Reichsarbeitsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Vorlage des Gehehensentwurfs an die gelesgebenden Körperschaften zur Beschlussfassung dürfte somit noch vor Ablauf des Jahres zu erwarten sein.

Eine neue Betriebsrätezentrale. In einer Ausschulung des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände ist eine neue Betriebsrätezentrale ins Leben gerufen worden. Die Zentrale befindet sich bei der Hauptleitung des Gewerkschaftsrings in Berlin. Sie vereinigt zu gemeinschaftlichem Vorgehen sämtliche Betriebsrätevertreter (Betriebsratsmitglieder, Betriebsobleute usw.) der dem Ring angeschlossenen Verbände, d. h. des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.), des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes. Ferner wurde die Herausgabe einer eigenen Betriebsrätezeitung des Gewerkschaftsrings beschlossen, die in kürzester Zeit unter dem Titel „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ erscheinen wird. Ende November d. J. tritt der Gewerkschaftsring mit einem in Berlin abzuhaltenden Kongress in die Öffentlichkeit. Proletariat aller Länder gesplittet euch, diese Lösung droht auch bei der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte Trumpf zu werden zum Gaudium des Unternehmerrums.

Der Verbraucherbund gegen den drohenden Kartoffelwucher. Nachdem bereits wieder offener und versteckter Kartoffelwucher eingelebt hat, wendet sich der Verbraucherbund (Sitz Wiesbaden) mit dringlichen Eingaben

an alle zuständigen Stellen und fordert energische Abhilfe, zugleich richtet er folgende Mahnung an die Landwirtschaft: „Obwohl in den verschiedensten Teilen des Reiches die Soliden, auf den Preisabbau bedachten Bauernschaften nur einen Kartoffelpreis von 15 bis 20 Mk. als gerechtfertigt bezeichnen und an Minderbemittelte, Kriegsbeschädigte und Arbeitslose usw. angelehnt der Volksnot noch billiger abgeben, wird von unsozialen Landwirten trotz des Hungerleids der städtischen Verbraucherkreise 30 Mk. der Zentner als unzulänglich bezeichnet und nicht einmal für 35 Mk. abgegeben, weil man weit über 40 Mk. für den Zentner erwartet, nachdem angeblich in diesem Winter der Brotpreis noch auf 6 Mk. steigen werde. Zur Ausnutzung der Valuta sind schon große Auslandslieferungsverträge gefaßt und dabei die Versorgung von hunderten deutschen Volkes gefährdet. Das gleiche gilt für Obst und andre wichtige Erzeugnisse. Der Verbraucherbund fordert daher die Regierung auf, sofort die Ausfuhr und Verschiebung dieser wichtigsten Volksnahrungsmittel usw. mit den schärfsten Mitteln zu verhindern, solange nicht die reiflose Versorgung des hungernden deutschen Volkes selbst gesichert ist. Die strengsten gesetzlichen Strafmaßnahmen, wie Vermögenskonfiskation, muß alle treffen, die für die Ernährung und den Bedarf der darbenenden Volksmassen unentbehrliche Erzeugnisse spekulativ zurückhalten, zur Ausnutzung der Valuta ins Ausland verschicken, zum Schnapsbrennen usw. gebrauchen und sie der notwendigen Verwendung entziehen und damit wuchern. Die Drohung mit dem nächstjährigen Anbauverbot seitens unsozialer Volksgenossen kann durch Entweignung dieser Anbauflächen zugunsten des Volksgenossen wirkungslos gemacht werden. Die Bevölkerung läßt sich in ihrer Notlage sonst nicht von der Selbsthilfe zurückhalten und wagt nicht, selbstkritische Landwirte vor den unüberlebbarsten Folgen. Alle Verbraucherkreise, Kleinhändler und Handwerker in Vereinen, Gewerkschaften, Konsumvereine und Genossenschaften, Gemeinden und Betriebsräte nebst den Hausfrauenorganisationen, fordert der Verbraucherbund auf, sich diesen Forderungen an Regierung und Parlamentarier reiflos anzuschließen und in einem Reichsbunde deutscher Verbraucher sich noch im Oktober auf einer großen Verbraucherversammlung in Erlurt oder Weimar zu vereinigen und dauernd mit der nötigen Stohkraft auf durchgreifende Besserung aller mitleidigen Lebensverhältnisse auf wirtschaftlicher Grundlage ohne politische oder konfessionelle Tendenz hinzuwirken. Die erforderlichen Unterlagen und Musterfassungen sowie Auskünfte sind vom Verbraucherbunde (Sitz Wiesbaden, Direktor E. Abig) erhältlich, der mit dem Münchener Allgemeinen Verbraucherbunde (für Bayern) geschlossenes Vorgehen beabsichtigt. Landwirte, tut eure Pflicht! Verbraucher, greift nicht zu ungesetzlichen Mitteln, solange noch die Regierung Mittel zum Einschreiten hat oder schafft und sofort anwendet, organisiert euch in allen Gemeinden!“

### Briefkästen

W. B. in M.: Vielen Dank! Wurde sofort zu einer genuehreichen Sonntagslehre zurückgelegt, die zahllose Erinnerungen wachrufen wird. — M. B. in G.: Von Mitteilungen dankend Kenntnis genommen. Sit nur auf Gepräch in der Leipziger Straße zurückzuführen. So ein Redehafte nimmt viel auf in seine Spaltmäcker, um nach Bedarf gleich abzugeben. — M. in S.: Man darf nicht, wenn man einen anderen Standpunkt einnimmt, von dem Meinungsgegner einfach behaupten, er wäre unobjektiv. Dafür müssen konkrete Beweise vorliegen, die in diesem Falle aber fehlen. Dann raten wir Ihnen als Neuling in „Korr.“ Gebalten, sich wesentlich kürzer zu fassen. Die Wiederholung eines andern muß kürzer möglich sein oder es muß darauf verzichtet werden. Der „Korr.“ steht doch nicht nur einzeln zur Verfügung; mit diesem Egoismus werden wir zu brechen wissen. — M. P. in Alet: 15 M.

(Hierzu eine Beilage.)

## Flachdruckmaschinenmeister, Sandseker, Linotypeseher

die Polen sind und nach der Heimat wollen, können sich melden. [246] Druhariema Polska L. A., Polen.

**Züchtiger Monolinefeker**  
kann am 11. Oktober bei uns eintraten. „Mehle-Emo-Zeitung“, Guden (Wittels). [230]

**Perfekte Teilerin und eine Einseherin**  
für Höhrle sofort gesucht. [257] R. Wagner, Schriftfaherlei, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

**Züchtiger Linotypeseher**  
mit einhaltfähiger Praxis, flott und korrekt (ledig), in sich sofort Stellung (auch Halbsicht), ganz gleich wohin, am liebsten in Schellen. Gest. Merken unter Nr. 259 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**24-jähriger, strebsamer Maschinenmeister**  
mit Universal-Anlageapparat, Werk-, Platten- und Maschinendruck gut vertraut. Seht eventuell auch mit. [263] Joseph Götz, Rüdli i. B., Mühlstraße 23 I.

**Die Stellung als Typographfeker**  
ist befeh. „Zönderische Zeitung“, Zöndern (Zanemari). [260]

**Monotypeseher**  
ledig, in sich Stellung zur weiteren Ausbildung. Gest. Merken unter K. W. 264 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Matrizennot behoben!**  
Matrizen mit deschten oder abgebrochenen Ohren und Föhnen, an denen die Zahnung noch intakt ist, werden in kürz. Zeit repariert nach einem dem Maschinenfeker Arthur Krabbe, Karlsruhe, gefehlt, gefeh. Verfahr. Einseher, ev. an Arthur Krabbe, Marktstraße, Dirschelstr. 59, Einseher, Ad. Semann Dirschelstr. 59, Dresden. Brieflicher des gefehlt gefeh. Verfahrns z. Reparatur. kühlerer Matr., Entstem Krabbe.

**Zigaretten**  
empfehle folgende: Reichsmarkchen (ohne Mundl.): Gutenberg A 100 Stück 19 Mk. do. B 100 „ 27 „ do. C 100 „ 32 „

Sämtliche Marken reiner, tüchtlicher, goldbergl. Tabak, große volle Föhnen. Gutenberg A kann nur mit anderer Sorte (B oder C) 100 Stück) gefehert werden. Bei 500 Stück franko. Diese Anerkennungen! Ein Versuch überzeugt! Tabakwarenerverband Donau, 1253 München, Schwabhauser Straße 63.

Einzahlungen an den „Storre“, Inhabent für Deutschlands Buchdrucker auf Postkontokonto Leipzig Nr. 61323 auf Büten 1 Mk. u. 1,25 Mk.; auf Marlon 6,50 Mk. empfiehlt A. Stegt, München 9.

## Gau Schleswig-Holstein

Zur Erlangung fotografisch einwandfreier Druckföhnen erläßt der Gauvorsstand zwei Preisausreibungen: [261] 1. Preisföhne mit folgenden Bedingungen: Der Vorstand des Gau Schleswig-Holstein entbietet allen Gönnern, Mitarbeiter und Funktionären zum neuen Jahre 1921 beste Gladmünder, „Formal handlich, Farben bis zu zwei. Complationen zukünftig, Einzureichen bis zum 15. November an Kollegen M. Prüter, Alet, echauburgstraße 34 p. 2. Ausschlag für den Gauvorsitz 1920. Zeit und Größe wie im verflochtenen Jahre. Einzureichen bis zum 1. Januar 1921 an Kollegen M. Prüter, Alet, echauburgstraße 34 p. Die Bewertung der beiden Preisausreibungen übernimmt eine Typographische Gesellschaft. Zu verwenden für beide ist Schriftföhnenmaterial. Als Preis für die Ausschreibung ist 50 Mk. Der Wettbewerb wird zu einer Rundsendung zusammengefaßt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen im Gau ersucht mit herzlichem Gruß Der Gauvorsstand.

Welcher Kollege verkauft oder kauft Druckföhnenfassungen, Fachzeitföhnen u. Schriftföhnen? Welche Angebote mit Preis unter K. N. 111 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [256]

**Ahlen, Binzetten Werkzeuge für Seger**  
Verlag des Bildungsvorbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittegeb.), Postkontokonto 53430.

**Gauschbrief**  
in künstlerischer Ausführung  
Preis 5,25 Mk.  
Verlag des S. v. d. D. S. / GmbH  
Leipzig, Salomonstraße 8 III  
Postkontokonto Leipzig 53430

**Musikinstrumente**  
aller Art  
hervorragende Güte  
Max Dörfel, Klingenthal i. S.  
Preisliste frei

**10 Proz. Abzahlung monatlich**  
Meyers Handlexikon, 7. Aufl., mit Tafeln und Karten, 60 Mk., mit Guden, Rechtschreibung der deutschen Sprache und Fremdwörter (1920), 21,60 Mk.  
Marx's Romane, 9 Bände, geb., 40 Mk.  
C. S. Ditto & Co., Berlin-Nikterfeld, [258]

**Leutendberger** Sonntag, 10. Okt., Gedenken mit festem Besonderen mit Tanz im Restaurant „Rindenspark“, echauburg, Hauptstr. 13, Anhang 4 U, [259]

**Verbandsnadel** (M. D. B.) in echauburg, Preis 5,50 Mk., empfiehlt A. Stegt, München 9.

Stumm schläft der Säger...  
Büchlich und unerwartet verschied am 26. September unser lieber Freund und Sangesbruder, der Seher [254]

**Wilhelm Breustedt**  
im Alter von 42 Jahren. Wir verlieren in dem Entschlossenen einen ehrlichen Säger und Förderer unseres Vereines. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Leicht sei ihm die Erde! „Gutenbergs“, Gesangsverein Leipziger Buchdrucker und Schriftföhner.

Am 20. September verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker **Paul Klien** aus Glogau, im Alter von 29 Jahren. [255] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Dautsburg.

Bei Arbeitsmangel sowie kleineren Einzelnen wollen Gutsrenten der Postföhnen wegen den Betrag gleich mit befügen; bei Beiträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtmogel. Geschäftsstelle des „Storr.“

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 112. — Leipzig, den 5. Oktober 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## „Die Lohnpolitik der nächsten Zeit“

(Zu einem Geheimzirkular)

Die fünf sinnigen Menschen stellen das Normale des zweibeinigen Bevölkerungselements auf der Erde dar. Da Mutter Erde aber schon seit einer Reihe von Jahren aus dem normalen Gleichgewichte geraten, ist über die normalen Menschenhänder, große und kleine, auch die allgemeine Weltwirtschaft gekommen. Man kann im Zweifel sein, ob die Dreisinnigen oder die Siebensinnigen über die Fünfsinnigen, d. h. die normalen Menschen, hinausgehen; gewiß ist aber, daß die beiden neuen Fraktionen zusammen ein Erhätliches mehr ausmachen in dem riesig großen Stellungen der Zweibeinigen. Trotzdem werden alle drei Gruppen darin völlig übereinstimmen — ein an sich heutzutage ganz festes Ereignis! —, daß Deutschland nicht das Land ist, wo einem die gebratenen Ochsen in das Maul fliegen.

Es gibt indes Leute, die ernst genommen sein wollen, die dieses Glaubens sind, zum wenigsten in bezug auf die vielen, vielen Menschen, für die nach ihrer Meinung die Arbeit in unsern Tagen zu einer lebhaft sprudelnden Quelle reichen materiellen Segens geworden ist. Jene ändern aber, die sich zwischen dem großen Menschenmenschenhaufen wie runde, feste, dickhäutige Käfer schwer bewegen, erschrecken als die wirklich Armen, als die Ausgestoßenen von der Massenmasse der glücklichen Genießenden. Ihre Fleischtropfsehnsucht wird begreiflich, ihr Neid auf die vielen andern, deren Sorglosigkeit nicht ausgeprägter sein kann, läßt sich verstehen.

Nur in einem Punkte wird man den Zweifel nicht los: Macht sich nicht eine weitere Klassifizierung notwendig, damit die noch harmlosen Drei- und Siebensinnigen nicht inhaftiert werden von den gemeingefährlichen Blödsinnigen, die selbst den Rest von Vernunft unter den Menschen von heute tollschlagen wollen?

Wie herrlich es den Millionen Arbeiter-ameisen ergeht! Die Lebenskostenkalkulierer haben festgestellt: 1. Calwer den wöchentlichen Aufwand einer vierköpfigen Familie für nur 16 Lebensmittel im Reichs-durchschnitt mit 130,65 Mk. im Januar 1920 (1914: 25,75), Februar 147,65 Mk. (25,29), März 167,60 Mk. (25,08), April 189,78 Mk. (24,96), Mai 224,63 Mk. (24,70), Juni 232,15 Mk. (24,73), Juli 252,38 Mk. (25,12); 2. Kucaynski bemißt für Berlin den Wochen-ausgabeek einer Familie für die Posten Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie Sonstiges (aber ohne Wäschereiarbeit, Straßenbahn, Steuern usw.) im Februar 1920 mit 256 Mk. (Februar 1914: 28,80) bei einem Marktwerte von 12 Pf., März 321 Mk. (28,80) bei 9—10 Pf., April 366 Mk. (28,75) bei 8—9 Pf., Mai 370 Mk. (28,70) bei 8—9 Pf., Juni 295 Mk. (28,70) bei 10—11 Pf., Juli 328 Mk. (28,70) bei 9—10 Pf., August 303 Mk. (28,85) bei 10—11 Pf. (die Ausgabe für Wohnung legt Kucaynski noch immer um die Hälfte zu niedrig an); 3. Elsas stellte für Frankfurt a. M. nach einem ähnlichen (also nicht gleichen) Schema für 1. Mai 1920 einen Wochenbedarf von 289 Mk. und für 1. Juli einen solchen von 277 Mk. fest, hält aber durch die Steigerung von andern Ausgabenposten (namentlich Steuern) den Rückgang der Indexziffer „zumindest wieder aufgehoben“; 4. Seufmann nimmt für Hannover eine fünfköpfige Familie zur Grundlage und berechnet danach für den Dezember v. J. 151,25 Mk., März d. J. 174,25 Mk., Mai 241 Mk., Juli 245 Mk.; 5. Rübsoff geht für Leipzig ebenfalls von der fünfköpfigen Familie aus und stellt fest: im April 261,83 Mk., Mai 333 Mk. (erweitert durch andre Ausgabenposten), Juni 321 Mk., Juli 307 Mk., August 313,50 Mk., September 315,50 Mk. Im Reichsdurchschnitt betrug von Ende Dezember bis einschließlich Juli allein für die wichtigsten Nahrungsmittel die Erhöhung des Ausgabenpostens 120 Proz. Wie es damit weitergegangen ist, läßt sich im Augenblicke noch nicht feststellen; doch zeigt Leipzig, daß die Entspannung der Steuerung in einigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln nur ganz kurz gewesen ist. Dabei muß noch die nicht zum Ausdruck kommende beträchtliche Verschlechterung für den arbeitnehmenden Teil der Bevölkerung durch den rigorosen hohen Steuerabzug in Betracht gezogen werden. Was aber nun eintritt, wo die Zwangswirtschaft und damit die niedrigeren Preise für Kartoffeln, Fleisch, Fett, Margarine usw. verloren gehen, ist noch gar nicht abzusehen. In Leipzig kostete ein Ei jetzt 2,20 Mk., ein Pfund Rindfleisch 18 Mk. Tafelkäse ist auch, daß in der Bekleidung und beim Schuhwerk das Kleckern der Preise wieder begonnen hat. Die Valuta hat sich ebenfalls seit Septemberbeginn wieder ver-

schlechtert, so daß nicht nur von frühen Auszügen, sondern direkt von einer neuen Steuerungswelle gesprochen werden kann, die in ihrer sich noch ankündigenden Höhe wahr-scheinlich alle traurigen Erfahrungen noch übersteigen wird. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat unlängst mit den Lohnsteigerungen seit 1914 renommiert, um darzutun, wie gut es den Menschenameisen geht, oder richtiger, daß sie es zu gut haben. Dazu sind meistens nur Arbeitergruppen herangezogen worden, mit deren Löhnen mehr Staat zu machen ist als mit jedenfalls mehr andern. Solchermaßen ergibt sich im Fabrikbetrieb eine Lohnzunahme gegen das Jahr 1914 um 1333 Proz., bei den Sockelmachern 945, in der Holzindustrie 869, im Matergewerbe 857, im Schloßergewerbe 743, in der Eisenindustrie 738, im Transportgewerbe 707, im Baugewerbe 689, im Braugewerbe 665 und im Bäckergewerbe um 637 Proz. Das macht eine Durchschnittslohnverhöhung um 822 Proz., die sich unzweifelhaft verringern würde, wenn die niedriger bezahlten Gewerbe mit einbezogen sein würden. Für manche Öhren mag das viel klingen, aber was hat es in Wirklichkeit zu besagen? Nach den Lebensmittelpreislisten muß mindestens die Hälfte des Einkommens der Arbeiter für die Ernährung berechnet werden. Demnach würde, ausgegangen von den Calwerischen Ziffern für 1920 und 1914 von Januar bis Juli, zu mindest eine allgemeine Verteuerung um 1300 Proz. eingetreten sein! Die Arbeiterschaft wäre also um eine sehr ansehnliche Strecke mit ihrem Lohne hinter den Steuerungsverhältnissen zurückgeblieben. Da es nun seit längerer Zeit mit den Steuerungsulagenenerhöhungen recht schwach bestellt ist, das Ausgabenkonto aber an allen Ecken und Enden wie Hochwasser steigt, so ist von einem absoluten Mißverhältnis zu reden. Der vielberebete „Preisabbau“ war eben, obwohl in den meisten Gewerben ein Stöchen der Löhne eingetreten ist, eine große Sackblase, von ganz gerissenen Gaukeln erkünstelt.

Wie die armen Reichen heutzutage Not leiden! Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat in dem durch-sichtigen Eifer, den Arbeiterameisen einen Begriff über ihren Wohlstand beizubringen, ganz vergessen, mit Einzelheiten das eigne Leid zu schildern. Aus diesem Grunde haben wir aus dem Handelsstelle des „Berliner Tageblattes“ und des „Leipziger Tageblattes“ Aufzeichnungen vorgenommen über die Geschäftsaufschlüsse der Aktiengesellschaften. Sie erstrecken sich nur auf zehn Wochen (von Anfang Juli bis Mitte September) und nehmen erst von 12 Proz. ihren Anfang. Als schwere Verdienner sind also anzuführen: Bayerische Spiegel- und Spiegelglasfabriken in Fürth 50 Proz. (vormalige Dividende 35), Beroper Walzwerk 50 Proz. (einschl. Bonus), Zeißer Eisengießerei und Maschinenbauanstalt 35 Proz., Gardinenfabrik Plauen 30 Proz. und 150 Mk. Bonus, G. W. Busch in Lüden-schlage 30 Proz. (20), Max Kobl in Chemnitz 30 Proz. (10), Gladbacher Wollindustrie 30 Proz. (20), Lüdenscheider Metallwerke 30 Proz. (12), Seckellerei Feltz in Frankfurt a. M. 26 Proz. (15), Karl Hamel in Chemnitz 25 Proz., Münchener Egenfabrik vorm. Fischer & Steffen in Pasing 25 Proz. auf die alten und 12 1/2 Proz. auf die jungen Aktien, Metallindustrie Schönbeck a. d. Elbe 25 Proz. (6), Vereinigte Fabrikanten in Kassel 25 Proz. (12), Zuckerfabrik Glaugitz 25 Proz., Annaburger Steingutfabrik 25 Proz., Baumwollspinnerei Mittweida 25 Proz. (10), Berliner Expedition und Lagerhaus 25 Proz., Eisenbau Schlegel in Leipzig-Paunsdorf 25 Proz., „Freia“, Hannoverische Lebensversicherungsbank in Bremen 25 Proz., David Richter in Chemnitz 24 Proz. auf alle und 12 Proz. auf junge Aktien, Sächsische Nähfadensfabrik in Witten-dorf 24 Proz. (14) und Bonus von 10 Proz., Deutsche Nickelwerke in Schwerte 22 Proz., Zuckerfabrik Fröbeln 22 Proz., Warenkaufverein Görlitz 20 Proz. (16), Lüneburger Wachsbleichen 20 Proz. (10), Karlsruhagen-industrie in Dresden-Lochwitz 20 Proz. (22) und 10 Proz. Bonus, Werkzeugmaschinenfabrik Union in Chemnitz 20 Proz. (15), Hochseiferei Bremerhaven 20 Proz. (10), Leipziger Spitzenfabrik Barth & Sio. 20 Proz. (20) und Bonus 20 Proz., Motorenfabrik Oberursel 20 Proz., Vereinigte Chemische Werke Charlottenburg 20 Proz., Stahlwerk Dehling in Düsseldorf 20 Proz., Papierfabrik Segge 20 Proz., Patentpapierfabrik Völs 20 Proz. und 5 Proz. Bonus, Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau in Söln 20 Proz. und 12 1/2 Proz. Bonus, Emil Busch, Dp-sische Industrie in Rathenow 20 Proz., Sächsische Web-stofffabrik vorm. Schönherr 20 Proz. auf alle und 6 1/2 Proz. auf junge Aktien, Chemische Fabrik vorm. E. Schering in Berlin 18 Proz. auf alle und 4 1/2 Proz. auf junge Aktien, Zuckerfabrik Frauendorf 18 Proz., Dresdner Prob-herz- und Kornspiritusfabrik 18 Proz., Maschinenfabrik

und Mühlenbauanstalt in Braunschweig 18 Proz. auf alle und 9 Proz. auf junge Aktien, August Weßels Schuhfabrik 18 Proz., Akkumulatorenfabrik Berlin in Hagen 17 Proz., Schönheider Bleistiftfabrik 17 Proz., Bauhener Luchfabrik 16 Proz. (16), Nitritfabrik in Köpenick 16 Proz., Allgemeine Transportversicherungs-gesellschaft in Berlin 16 Proz., Zwaidauer Maschinenfabrik 15 Proz., Maschinenfabrik Grevensbroich 15 Proz. (12), C. A. Koller in Markers-dorf 15 Proz. (5), Proporphor in Werden 15 Proz. (15), Westdeutsche Handelsgesellschaft in Köln 15 Proz. (12), Sondermann & Ester in Chemnitz 15 Proz. (6), R. W. Dinnendal, Kunstwerkerhütte bei Essen 15 Proz. (10), Eisenwerk Marltinamly 15 Proz. (10), die jungen Aktien die Hälfte, Vereinigte Chemische Fabriken in Leopoldshall 15 Proz. (6) und Bonus 30 (60) Mk., Weßhaller Spinnerei und Weberei in Mittweida 15 Proz. (10) und Bonus 10 Proz., Ausrißmüllergesellschaft in Plauen 15 Proz. (6), Gladbacher Textilwerke 15 Proz. (10) und Bonus von 10 Proz., Gebr. Lutz in Darmstadt 15 Proz., „Serra“, Aktiengesellschaft für Samensucht in Wschers-leben 15 Proz. und Bonus 15 Proz., Federfabrikindustrie in Kassel 15 Proz. und Bonus 10 Proz., Chemische Fabrik Milch in Wöfen 15 Proz., Elwerhe Stern in Sonneborn 15 Proz. und Bonus von 250 Mk., Holzverwertungsindustrie in Konstanz 15 Proz. und Bonus von 5 Proz., Körting, Elektrizitätswerke in Berlin 15 Proz., Solebetriebsaktien-gesellschaft 15 Proz., Bernburger Saalmühlen 15 Proz., Waggonfabrik Hof. Rathgeber in München 14 Proz. (8), Ender Reederlei in Hamburg 12 Proz. (6), Niederlausitzer Kohlenwerke 12 Proz. (8), Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Beck & Senkel in Kassel 12 Proz. (10), Königl. Friedrich-August-Stühle in Pölschappel 12 Proz. (6), Bon Poncel Glasbottlewerke in Friedrichshain 12 Proz. (10) und 180 (100) Mk. Bonus, Guß- und Armaturenfabrik 12 Proz. (12), Maschinen- und Kranbau in Düsseldorf 12 Proz. (6 1/2), Nationalfilm in Berlin 12 Proz. auf alle, 6 Proz. auf junge Aktien, Vereinigte Harburger Maschinenfabrik 12 Proz., Dresdner Schnellpressenfabrik in Koswig 12 Proz. (9), Bierbrauerei Müller in Langendreer 12 Proz., Karl Bö-dicker, Kommanditgesellschaft 12 Proz., Enginger Werke in Worms 12 Proz., Langsiederer Walzwerke und Verzinnereien 12 Proz., Wollwerke in Scharfenstein 12 Proz. (8), Rheinische Montanwerke in Halle a. d. S. 12 Proz. Wie heutzutage die Dividenden mit Gewalt niedriger gemacht werden: durch enorme Abschreibungen, Reservestellungen, Kapitalserhöhungen, Bonusgewährungen, Zwischenverteilungen (Kursgewinne) und wie die Erträge alle heißen, das läßt bestimmt auf noch viel höhere Gewinne schließen. Dann haben wir noch zwei Gesellschaften mit 11 Proz. und 21 Gesellschaften mit 10 Proz. vermerkt, von wovon letzteren eine noch 12 und 6 Proz. Bonus, eine 15 Proz. und vier 10 Proz. Bonus gewähren. In unserer Aus-beute von nur zehn Wochen kommen besonders feste Dividenden wie Altmendorfer Papierfabrik mit 60 Proz. und Typographfabrik mit 36 Proz. und andre nicht vor, immerhin ist es eine Liste, die dem Profitstrome deutscher Kapitalisten alle Ehre macht.

Wie waltet nun die ausgleichende Gerechtigkeit, um jedem das Seine zu geben? Der „Vorwärts“ hat in seiner Morgennummer vom 30. September Kunde darüber bringen können, und zwar durch wörtliche Veröffentlichung des Geheimzirkulars einer Unternehmer-splbenorganisation, also eines führenden Arbeitgeberverbandes. Leider wird aus irgendeinem Grunde der Name dieser Vereinigung nicht genannt. Nach der ganzen Tendenz dieses Anschlagers der wirtschaftlichen Reaktion ist jedoch anzunehmen, daß auch andre Unternehmerkreise schon am Werke sind, die große Täuschung mit dem Preisabbau durch einen ganz handfesten Lohnabbau weitzumachen. Das einfach niederdrückende Geschreibsel lautet folgendes:

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seltens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich befolgt bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten.

Gegen Streiktricks wird die Aufsperrung der Arbeiter-schaft eines Bezirks angeraten.

Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schlichtspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisationskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu

geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerböhrungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu schaffen, volle Ausnützung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisierungs-kommissionen erlosche bereits generell die Genehmigung für diese Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Singsweisen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelernter und ungelerner Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Proz. verringert worden; so liegt z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelerten Arbeiters von 69,2 Proz. im ersten Vierteljahre 1919 vom Lohne des gelernten Arbeiters auf 92,5 Proz. im ersten Vierteljahre 1920.

Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Überweisung einschlägigen Materials an die Vorstehenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.

Man muß sich einerseits den reichen Dividendenlegern, der fast ausnahmslos kräftig aufwärts gegangen ist, in unvorstellender Zusammenstellung mit der entsprechenden Multiplikation der schon vor dem 1. Juli veröffentlichten Abschlässe vor Augen halten, andererseits in Betracht ziehen, daß eine halbe Million Arbeiter ganz außer Tätigkeit gesetzt ist, Millionen aber verkürzt arbeiten bis zur Fülle der Arbeitszeit, und driften dann erwidern, wie schwer sich die noch Arbeitenden durchs Leben schlagen müssen und um wieviel schwerer das erst werden würde, wenn die agrarischen und händlerischen Bucherorden sich mit den preisraubenden Industrierittern nach Gefallen austoben könnten und oben-dreiß die Löhne zu drücken vermöchten, wie es gegenwärtig der Arbeitgeberverband im Zeitungsgewerbe den Mitgliedsstellen in den Zeitungsbureaus gegenüber tun will durch einen Gehaltsabbau um 20 Proz., während die Ver-lage des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ eine Gehalts-erhöhung bewilligt haben. Auch im Berliner Buchhandel stehen die Aktien ebenso kritisch. Wenn diese Vorkommnisse nicht wären, könnte noch angenommen werden, das Ge-beimzirkular wäre zu einem schon längere Zeit zurück-liegenden Datum verfaßt und verfaßt worden. So muß es aber als aktuell gelten, eine akute Gefahr für die Arbeitererschaft darstellend.

Mit welchem Raffinement die Unternehmerngeneralführer ihre große Aktion einzufäden und wie vielfältig den Arbeitern die Damenschnur angelegt werden sollen, und wer bei diesem Liebeswerke zur höheren Ehre des dicken Geld-sackes mitwirken soll, das ist einfach ersichtlich. Sogar die Gewerkschaftsführer und die Betriebsräte sollen Schind-luder an ihren Klassengenossen treiben, damit die notleidenden Kapitalisten noch mehr den Rahm abschöpfen können. Die achtstündige Arbeitszeit noch verlängern wollen ange-sichts der riesenhaften Arbeitslosigkeit, ist eine von den Unverfrorenheiten, die nur kapitalistische Abgebrühtheit fertigzubringen vermag. Den Schlichtungsausschüssen und Demobilisierungskommissionen ist mehr auf die Finger zu sehen. Bengen sie sich so leicht dem Unternehmerdiktat, dann gibt es wohl doch Mittel und Wege, ihnen zu zeigen, von wo aus auch diktiert werden kann.

Der 6. Juni zeigt sich in seinen Auswirkungen immer gefährlicher. Eine Regierung aus Parteien, die zum großen Teil die Welt aus den Angeln heben wollten, wenn sie ans Staatsruder kommen, denn die sozialisten-verfeuchte war in ihren Augen einfach unsäglich, den deutschen Starren wieder vorwärts zu bringen. Nun haben die neuen, gutbürgerlichen Leute ihn aber noch viel tiefer in den Dreck gezerrt. Wie ein Hausen Unglück leben sie dem toller und toller werdenden Tanz um das goldene Kalb zu. Die freie Wirtschaft hat über die Zwangswirtschaft gesiegt. Das ominöse freie Spiel der Kräfte läßt es schon wieder zu kapitalistischen Organen kommen. Zwei ehemalige Reichskanzler (Müller und Bauer) haben in der vorigen Woche in Verammlungen dem ganzen wirtschaftlichen Erben recht die richtige Bezeichnung gegeben, und in der preußischen Landesversammlung ging die sozialdemokra-tische Kritik namentlich mit der Ernährungswirtschaft und ihrem jetzigen agrarischen Sachwalter an der Spitze scharf in des Gericht. Bei jeder dieser Gelegenheiten wurde frühester Ausblick in die nächste Zukunft gehalten. Im Kartoffelkriege befinden wir uns schon, zum Bürgerkrieg ist es nicht mehr weit. Aus Bayern kommen immer

stärkere reaktionäre Klänge politischer Charakters. Der alldoische Wahnwitz hat in Frankfurt a. M. auf einer Tagung wieder gräßlich gelobt. Dieses Geheimzirkular aber zeigt einen dritten Faktor im Bund einer Reaktion, die an Frechheit viel wagt. Während im Reichswirt-schaftsrat vor kurzem übereinstimmend zum Ausdruck kam, daß für einen Lohnabbau gar keine Möglichkeit vorliegt, während die „Frankfurter Zeitung“ auch kürzlich erst schrieb:

Inzwischen aber ist notorisch in diesen Gewerben die Arbeitszeit von 48 bis 44 auf 30 bis 32 Stunden und damit automatisch der Lohn um ein gutes Drittel ver-lürzt worden. Nun kommt gerade in diesem Augen-blicke der zehnprozentige Steuerabzug, dessen eiförsche und erzieherische Berechtigung an und für sich ebenso wenig bestritten werden soll wie seine fiskalische und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Der Arbeiter, der im April mit 250 Mk. Wochen-lohn noch nicht einmal seine Amortisationsquote decken konnte, soll jetzt mit 160 minus 16 gleich 144 Mk. zu Etlich kommen. Das sind Erwägungen, die doch auch Unternehmer und Kapitalisten anstellen sollten,

dabei aber die umfangreich vorgenommene Kürzung auf 24 Stunden übersehen, kommen die Leute, die durch das Einlegen von Betrieben und den Ausverkauf des Ma-terials diese für die Arbeitererschaft so folgenschweren Zu-stände zum großen Teile erst heraufbeschworen haben und proklamieren den Lohnabzug sowie die systema-tische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in ganz erheblichem Maße. Das ist eine Kriegs-s-anlage an die Arbeitererschaft von seiten der wirt-schaftlichen Reaktion!

Und die Arbeitererschaft? Im Augenblicke schlägt sie sich noch wehemer als sonst die Schadel ein. Dieses fürchterliche Gelue der Drei-, Fünf- und Siebenmännigen lockt ja erst die Wildbünningen heraus, läßt sie dumm und dreist provozieren, weil sie sich lassen können, daß der deutsche Arbeiter, milderschuldet durch beraubende Phrasen aus dem Mten, immer noch nicht versteht, ökonomisch mit seiner Freiheit umzugehen. Entweder die besten Gelegen-heiten verlassend oder zur unredlichen Zeit wie der Elefant im Porzellanladen herumtrampelnd.

Wie lange noch?

## „Wie lange noch?“

Kollege M. Seiwert spricht mit diesem Leitwort in Nr. 105 des „Korr.“ manche Wahrheiten aus, die auch oppositionelle Gewerkschaftler zum Teil unterschreiben können. Warum es aber zu diesen Zuständen gekommen ist, darauf geht er mit keiner Silbe ein. Wer hat an dem schuld? Vor allem diejenigen, die die Revolution sabotierten und meinen, durch Evolution kommen wir auch zum Ziele. Was ja zur wilhelmianischen Zeit, als wir einen kaiserlich-sozialdemokratischen Reichskanzler hatten, bewiesen ist. Zu zweifel nicht daran, er hätte die Sozialgesetzgebung (Arbeitsverhältnisse, Wechselbaldbetriebs-rätegesetz, Wochen- und Krankheitsruhe usw.) bis heute auch so weit gebracht. Was wir in letzter Zeit errungen haben, dazu war eine Revolution nicht notwendig; auch dies be-greift jeder, der halbwegs etwas objektiv Politik treibt. Selbst unsre schärfsten Gegner geben es zu.

Sind wir jetzt nicht auch wirtschaftsriedlich geblieben wie die Gelben? Ober wollen Sie, Kollege S., etwas andres behaupten? Sagen wir keine Sperrhöler mehr? Siehe die Arbeitsgemeinschaften, wo alle Organisations-vertreter sind wie ehedem, was uns zwingt, Brocken für Brocken dem Unternehmer abzurufen, um vielleicht einmal die Produktion zu übernehmen.

Viele Gewerkschaftsangehörige führten kurz nach der Revolution eine Sprache, wo man annahm, die Erlösung der Arbeiterchaft sei da: Organisiert euch, damit wir ge-schlossen auf dem zusammengebrochenen Kapitalismus und Militarismus den Sozialismus (gepredigtes Ideal der Ar-beiter) aufbauen können! Aber bald kam der Rückschlag von oben, und die vorwärtsdrängende Welle wurde ein-gedämmt. Dadurch wogt und brandet sie zum Teil an Parlament und ist mit der Einzwängung nicht zufrieden, weil sie sich eine freiere Bahn wünscht und ihr auch von den alten, erprobten Führern verheißten wurde. Säßen die sechs bis acht Millionen Neuorganisierten von den Ge-werkschaften keine wirtschaftliche Besserstellung nach der Revolution erböht, sie wären heute nicht in unsern Reihen. Ein großer Prozentsatz derer ist natürlich nun von Not und ein bedeutender Teil von krassen Egoismus getrieben und deshalb am unzufriedensten unter den heutigen Zu-ständen.

Deshalb soll jeder vernünftige Gewerkschaftler auch den Führern einmal die Wahrheit sagen, was natürlich bitter ist. Dann aber auch den Indifferenten unter den Ar-beitern klarmachen, was die heutige Zeit erfordert: innige, geschlossene und kampfesfreudige Arbeit in den Gewerkschaften gegen die vereinten und leider wieder erfarkten Unternehmer. Rechten Endes werden die Gewerkschaften dazu berufen sein, den Kampf um den Sozialismus (Neu-aufbau, nicht Wiederaufbau) trotz Verfalls durchzu-führen, da wir politisch eben durch die vielen Parteien geschwächt und wahrscheinlich nicht aktionsfähig sind.

Dresden.

M. Pl.

## So lange noch!

Der Verfasser des vorstehenden Artikels tut nicht gut daran, sich als oppositioneller Gewerkschaftler einzuführen. Von einem solchen Kollegen erwartet man zum mindesten Beschlagenheit in dem Entwicklungsgange der Gewerkschaften; wenn man höher geht in seinen Anprüchen, gibt es mehr Enttäuschungen, aber auch ganz angenehme gegen-sätzliche Erfahrungen. Im allgemeinen sollte ein jeder, mag er auf dem linken oder dem rechten Flügel stehen, bei etwas für den „Korr.“ schreibt, das eine bedenken: bei seinem Gewerkschaftsblatte wird von den Lesern genauer untertrieben, ob ein Kenner spricht oder einer, der hängen möchte, als von denen des „Korr.“ Der Dresdner Kol-lege lacht gegen den Kollegen Seiwert alles mögliche heraus, widerlegt ihn aber nicht einmal in den Haupt-punkten, sondern legt sich dafür tüchtig herein.

Um nur die berberen Entgegnungen kurz zu erwähnen: Nicht viele Gewerkschaftsangehörige haben nach der Revo-lution eine Sprache geführt, daß morgen das Himmelreich da sein werde, sondern das waren ganz andere Leute; die von der Revolution eben erst an die Oberfläche gepflü-waren. Die Gewerkschaften waren vielmehr fast abgetan, es wurde diskuliert und geschrieen, daß sie nun über-flüssig geworden wären; die „Bonzon“ natürlich drei-mal voraus. „Alle Macht den Arbeitern und Soldaten-räten“, lautete doch die Parole, und in deren Verfolg be-kam man täglich Tüden von hohen und höchsten Ver-beiungen zu hören; auch die, von denen M. Pl. spricht.

Von den Gewerkschaften zu sagen, sie seien lo-wirtschaftsriedlich geblieben wie die Gelben, ist eine Be-hauptung, die wie ein Rammholz auf das Denkerhaupt der „kleinbürgerlichen Elemente“ herniederbaue. Weil sie so naiven Gemütes sind, von Aktionen wie der im März zu Berlin gegen die Kapp-Putschisten oder wie jetzt, die Munitions- und ähnlichen Transporte für Polen zu ver-hindern, oder wie vordem, der reaktionären Schandwirt-schaft in Ungarn die Zufuhr zu sperren, anzunehmen, daß das etwas ganz andres ist als wirtschaftsriedliche Be-stätigung. Aber sie sind Einfaltspinsel, der Dresdner Kol-lege weiß es bestimmt, daß so etwas wirtschaftsriedlich ist!

Daß die Unternehmer wieder erstarbt ist, ist eine leider nur zu wahre Tatsache. Darin hat der Kollege aus Dresden unbedingt recht. Es kann das aber gar nicht anders sein: Eine Arbeitererschaft, die sich politisch von Leuten, die in ihrem Leben zumeist keine Fabrika- oder Werkskluft ge-matet haben, in immer mehr Parteien halten läßt; eine Arbeitererschaft, deren gewerkschaftliche Geschlossenheit auch schon auf diesem Wege bedenklich zerstückelt worden ist und die nun nach dem russischen Rezept direkt gehalten werden soll, wenn sie sich dem Moskauer Diktat nicht unterwirft; eine Arbeitererschaft ferner, die mit einer neuen Einrichtung, den Betriebsräten, ebenfalls schon auserkoren ist, in foundo viel Richtungen zu zerfallen und sich dem-gemäß wagen eingetreteter, künstlich konstruierter oder auch tatsächlich abweichender Prinzipien zu bekämpfen — eine solche Arbeitererschaft hat dem Unternehmertum einfach wieder in den Sattel verholten! Was es nach dieser seit Januar 1919 gehenden Strafkur nun den Arbeitern zu bieten wagt, zeigt sich mit massiver Schwere in dem ersten Beilageartikel.

Der Dresdner Kollege hat in seinem Schlusse aber zum zweiten Male recht; nur merkt er nicht, wie er damit wieder dem Kollegen Seiwert beipflichtet. Dieser stellte in seinem Artikel die Frage ganz richtig, und wenn sein Antipode in Dresden die wirklichen Dinge nicht recht bald schärfer sieht, dann beantwortet sich seine von Seiwert übernommene Frage leider schnell mit den drei Worten: So lange noch! — —

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Sprechstunde: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

## Bekanntmachung

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Ein-sendung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im III. Quartal 1920: 12. Oktober 1920, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtig werden. Da in den letzten Quartalen eine Reihe von Berichterstattung verpflichteten Verwaltungsstellen, darunter selbst solche größerer Orte, die Einmeldung der Karten unterlassen hat und somit ein ganz falsches Bild über die Arbeitslosigkeit im Ge-werbe entstehen muß, so richten wir das dringende Ersuchen an die verehrlichen Gauvorstände, die in Frage kommenden Kollegen auf ihre Verpflichtung zur Einmeldung der Statistikarten hinzuwirken. Die Karten müssen auch dann eingefant werden, wenn Arbeitslosenzahl am Orte nicht vorhanden waren.

Das Statistische Reichsamte legt weiterhin Wert darauf, Angaben über das Verhältnis der Arbeiter zu erhalten, da dieses Arbeitsverhältnis infolge der wirtschaftlichen Krisis mehr und mehr Eingang findet und zur Feststellung des wirklichen Beschäftigungsgrades im Ge-werbe statistisch erfaßt werden muß. Wir ersuchen deshalb die verehrlichen Funktionäre, dem Wunsch des Statistischen Reichsamtes Rechnung zu fragen und auf der Statistikarte unter „Mittelungen“ Angaben über die Zahl der Vertriebsarbeitenden wie auch Angaben über die Zahl der durch das Vertriebsarbeiten ausgefallenen Ar-beitsstunden im Monat September zu machen.

Zum Schluß machen wir die verehrlichen Funktionäre darauf aufmerksam, daß die portofreie Zustellung der Statistikarten wieder ausgehoben ist und alle Karten mit 30 Pf. frankiert werden müssen. Wir bitten dies zu beachten, damit nicht durch Straporto die Aus-gaben unnötig erhöht werden.

Berlin.

Die Hauptverwaltung.

## Verammlungskalender

Erfurt. Maschinenmeisterverammlung Donnerstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im „Großen Kurfürst“.  
Gera. Verammlung Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Divoritätskneipe“.  
— Verammlung des Reichsverbandes am Sonntag, den 10. Ok-tober, vormittags 10 Uhr, im selben Lokale.